

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Abendblätter der Redaction:
Bormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Die die Abgabe einzelner Blätter
macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Nachnahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Borgerate an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Anzeigen für Zulassung:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Bismarckstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 159.

Donnerstag den 13. Mai 1880.

74. Jahrgang.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Prämien 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserte 5 Ggsp. Zeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellenfächer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstisch
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postbesand.

Waldgräferei-Verpachtung.

Wittmoos, den 26. Mai d. J., sollen im Forstreviere Burgau die diesjährigen Graubuhungen, sowie 4 Sectar 90,50 Ar Flußbrinne parzellenweise unter den im Termine näher bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Zahlung der Pachtsumme nach dem Aufschlage meißelnd verpachtet werden.

Zusammenkunft: I. Bormittags 9 Uhr an der verschlossenen Brücke, und
II. Bormittags 11 Uhr an der Deutsch-Wahrener Brücke.
Leipzig, am 10. Mai 1880. **Des Rath's Forstdeputation.**

Bekanntmachung.

Den 21. Mai 1880, Bormittags 10 Uhr.

Sollen von dem Unterzeichneten in dem Grundstücke Nr. 42 b an der Frankfurter Straße 296 Stüd 10 1/2 Ellen lange, 1/2 Zoll starke sichte und tannene Pfloten in verschiedenen Breiten öffentlich an den Meißelbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.
Leipzig, den 12. Mai 1880. **Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts. I. v. Stein bed.**

Die Politik Gladstone's.

Gladstone, der Belgier, hatte bisher die Rolle der Spinne übernommen. Dem ersten Lord des Schafes Ihrer Majestät war augenscheinlich daran gelegen, erst Europa ein wenig beruhigt zu sehen, bevor er sich über die Endziele seiner Politik bei den Cabineten der Großmächte verbreitete. Das vielversprechende Schweigen ist nunmehr gebrochen. Eine Note Lord Granville's, des Staatssecretärs des Aeußern, fordert die Congressmächte auf, in Gemeinschaft mit England die noch nicht erfüllten Forderungen des Berliner Vertrages zu erfüllen und eine Aufzählung Gladstone's an den Grafen Karolyi sagt, „er (Gladstone) hege gegen kein Land feindselige Gesinnungen und habe Oesterreich bei keiner mühevollen Aufgabe, sich zu consolidiren, stets das herzlichste Wohlwollen entgegengebracht. Bezüglich der Tabellarischen Aufzählung über die österreichische Orientpolitik gelte er zu, daß seine frühere Besorgniß auf untergeordnete Beweise gegründet sei. Nachdem Graf Karolyi berichtet habe, daß Oesterreich durchaus nicht wünsche, die im Berliner Vertrage zugesicherten Rechte auszubüßen und jede derartige Ausdehnung nachtheilig für die Monarchie wäre, erkläre er, daß, wenn er früher in dem Besitze solcher Versicherungen gewesen wäre, er niemals eines der Worte gekündigt hätte, welche Graf Karolyi mit Recht als peinlich und verlegend bezeichnet habe.“ Das wären Versicherungen! Indessen die Sprache der Diplomatie begreift die Kunst in sich, die Gedanken zu verbergen; Grund genug, um, gestützt auf die Entfaltungsgeschichte des Cabinets, sich mit den Thatfachen zu beschäftigen und daraus Schlüsse auf die zukünftigen Staatsactionen Gladstone's zu ziehen.

Die Ergebnisse des Wahlkampfes kamen in gleichem Maße überraschend für beide Parteien Englands. Bis kurz vor dem Bekanntwerden der ersten Resultate hatte auch die wichtigste Presse die Macht der conservativen Gesinnung in den drei Königreichen bedeutend überschätzt, denn ihre Aeußerungen der Siegesgewissheit klangen nicht weniger als sicher und hoffnungsvoll. Im besten Falle rechnete man auf eine kleine Majorität, deren Einfluß aber auf das in Zukunft herrschende System ziemlich gering angesehen wurde, da man eine Zerplitterung der Partei in eine Reihe Gruppen befürchtete. Es wurde sogar angenommen, daß diese Zusammenlegung der Majorität des Tories nicht sein und deren Macht vermindern, überhaupt die Stellung einer conservativen Regierung eher festigen als erschüttern werde, weil sie die gemäßigten Whigs in entschiedene Opposition zu den Radikalen, die nunmehr mit ihren innerpolitischen Forderungen hervortreten könnten, versetzen und sie so zwingen würde, sich an die conservative Seite anzulehnen. Die Mischung der Majorität aus Liberalen und Conservativen hätte sich bis in das Ministerium fortsetzen müssen, wo alsbald der liberale Geist durch die conservativen Mitglieder lahm gelegt worden wäre.

Welche Folgen — darf man fragen — würde dieses Verhältnis zu Wege gebracht haben? Es ist natürlich, daß dann die Politik des Cabinets und des Parlamentes nur eine halbe, nach keiner Seite befriedigende sein würde; die Verantwortung dafür hätte das Volk bei den Liberalen gesucht, die ihre praesertirten Versprechungen nicht gehalten hätten. Der eine Theil würde sich alsdann mißvergnügt weiter nach links wenden, und die dadurch bewirkte Stärkung des Radicalismus würde den übrigen Theil, der vor Extremen zurückschreckt, zwingen haben, sich loszulösen und mit den Tories zu verschmelzen. Damit wäre die Wiederkehr eines entschieden torristischen Cabinets angezeigt gewesen, und dieses hätte eine stärkere Partei hinter sich gehabt als je zuvor. Diese Gefahr für die Whigs, insofern sie aus einem gemischten Ministerium entstehen mußte, ist nun freilich zunächst abgemindert. Beaconsfield ist — als Ministerpräsident wenigstens — von Gladstone abgelöst worden, und die Collegen des Siegers mußten natürlich sämmtlich erklärte Liberale sein.

Aber, wie gesagt, um die Wirkung dieser Gestaltung der Dinge, die voraussichtliche Entwicklung der demnächstigen politischen Actionen beurtheilen zu können, muß man einerseits die Ursache der plötzlichen unerwarteten Wandlung in der Stimmung des britischen Volkes ergründen, und andererseits die allgemeine politische Situation

Europas in Betracht ziehen. Von dreierlei Gesichtspunkten aus ist die Toryregierung durch die Whigs vor den Wahlen bekämpft worden: in Anbetracht ihrer unruhigen äußeren Politik, ihrer finanziellen Wirthschaft und ihrer Unfähigkeit zur Fortbildung der innern Gesetzgebung. Diese drei Gesichtspunkte müssen also in dem liberalen Regierungs-Programm Ausdruck gefunden haben.

Wir wollen diesen Momenten einige erklärende Gedanken widmen. Der Politik Lord Beaconsfield's in Asien stellen die Whigs entschieden entgegen, daß sie unfruchtbare Verwicklungen zu Wege gebracht, überhaupt eine allgemeine Calamität herbeigeführt habe, welche in dem Niedergange der englisch-indischen Finanzen ihren Schwerpunkt finde. Es wäre geboten gewesen, sich auf die Gebirgsgrenzen zurückzuziehen und nur die nach Indien führenden afghanischen Pässe zu schützen. Die Organisation der innerasiatischen Staaten sei den eingeborenen Bevölkerung allein zu überlassen. So theoretisch richtig diese Meinung auch sein mag, so wenig ist sie praktisch durchführbar, denn die bezeichneten Staatsverhältnisse tragen den Charakter der Verwirrung und Auflösung an sich und bergen die acute Gefahr in sich, daß Rußland, dessen feindselige Absichten auf diese Gebiete außer Frage stehen, die breiteste Möglichkeit hat, Neubildungen und Combinationen zu betreiben, die seine Machtstellung in Asien der englischen gegenüber zu Ungunsten Ihrer Majestät infoliren verändern könnten, als es seinen Einfluß bis dicht vor die Thore von Indien vordringen würde. Man wird auch nicht übersehen dürfen, daß jetzt eine Politik der Nichttheilnahme einem Rückzug ähnlich sein würde, welcher die moralische Macht und das historische Ansehen Englands bei der zu Auffässen begleiteten indischen Bevölkerung und den tributären Fürsten des Reiches bedenklich schädigen müßte.

Von außerordentlichem Gewicht für die Beurtheilung der auswärtigen Politik des Cabinets im Allgemeinen aber ist der Umstand, daß nicht der heißblütige Gladstone selbst, sondern Lord Granville, ein gemäßigter Staatsmann, der sich schon zweimal als erfahrener und bedächtiger Diplomat während der letzten Epoche der englischen Geschichte bewährt hat, dem Foreign office vorsteht. Auch Granville wird sich der Thatfache nicht verschließen dürfen, daß die heutige gespannte Lage in Europa eine Nichttheilnahme-Politik unmöglich macht. Wie ganz Europa, so muß auch England auf dem Qui vivo stehen, damit nicht durch eine Verschiebung der bestehenden Machtverhältnisse der Frieden zu Falle komme. Zwischenfälle liegen nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, indessen England wird nicht versuchen, Oesterreich aus seiner vortheilhaften Stellung auf dem Balkan zu Gunsten Rußlands zu verdrängen; denn das hieße einen europäischen Krieg heraufbeschwören!

Europa hat in der That allen Grund, mit der Thatfache zufrieden zu sein, daß Gladstone als Vertreter des liberalen Doctrinarismus das auswärtige Amt nicht übernommen hat, daß seine spezifisch liberalen Anschauungen wenigstens nicht in der auswärtigen Politik zur Geltung kommen sollen. Gladstone hat sich das Schatzamt gesichert; offenbar will also der Whiggismus seine höhere Regierungsfähigkeit auf dem Gebiete der Finanzen, das durch die Torymänner allerdings auf die Bahn des Deficits gebracht worden ist, erweisen. Als ein sparsamer, entscheidener und umsichtiger Finanzmann hat Gladstone sich auch glänzend bewährt, und es ist sehr wahrscheinlich, daß es ihm gelingen wird, die auf ihn gesetzten Hoffnungen zu rechtfertigen.

Uns will es scheinen, als müßte die verwundbare Stelle des Cabinets Gladstone auf dem Gebiete der innern Gesetzgebung liegen. Hier collidiren die Forderungen der fortgeschrittenen Liberalen ernsthaft mit den Interessen der „Gemäßigten“, und der Versuch, die Verheißungen, die auf diesem Gebiete vor und während der Wahlcampagne gemacht wurden, zu erfüllen, könnte leicht dazu führen, einen Theil der liberalen Partei an die Tory-Opposition anzugliedern. Abgesehen von der Ordnung der irischen Verhältnisse im Sinne der rechtlichen Gleichstellung der Iren mit den Engländern, und der Wiltberung der trostlosen Grundbesitzverhältnisse der Grünen Insel, verlangt man im ernsthaft liberalen Lager für das vereinigte Königreich unter Anderem eine größere Theilung des Bodenbesitzes, Controle der Pachtbedingungen und Er-

weiterung des Wahlrechtes; in Folge dessen die minder begüterten Classen einen höheren Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen würden. Es liegt auf der Hand, daß das Eingehen auf diese Wünsche die beständige Opposition seitens aller Whigs in England Privilegirten hervorrufen muß, und daß diejenigen derselben, die bis jetzt zur liberalen Mehrheit standen, dann aus dieser ausscheiden würden. Die Regierung würde dann in eine Bedrängniß gerathen, aus der die Tories bedeutenden Nutzen ziehen könnten.

Wir pflegen nicht Conjecturalpolitik zu treiben, aber es schien uns doch nöthig, aus der concreten Sachlage Schlüsse auf die zukünftige Entwicklung der Politik Gladstone's zu ziehen, um die sich vielfach widersprechenden Urtheile über den englischen Regierungswechsel klar zu stellen. Das Eine steht fest: an seiner äußeren Politik und an seiner Finanzwirtschaft wird das Ministerium Gladstone wohl nicht Schiffbruch leiden; wohl aber ist es möglich, daß es an einer Uebererschätzung des Einflusses scheitern wird, welchen ihm die niederen Volksschichten in Bezug auf die Befreiung des öffentlichen Lebens aus der vorhandenen wirtschaftlichen Bedrängniß und aus der Unfertigkeit der bestehenden politischen Zustände zumeßen. Es wird die Geister nicht mehr los werden, welche Gladstone herbeirief, um mit ihrer Hilfe zur Befreiung seines Ehrgeizes die Regierung eines Weltreiches in die Hand zu bekommen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 12. Mai.

Die innere Geschichte wird erst geschrieben werden müssen, welche den Kanzler des Deutschen Reiches am Schluß der Session an den Bundesrath führte, um dort Zeugniß abzulegen für die Wünsche, welche am eigentlich leitenden Orte herrschend sind, und die er als Nothwendigkeit erkannt hatte. „Es ist nicht unbemerkt geblieben — so schreibt man uns aus Berlin — daß der Telegraph zwischen Wiesbaden und dem Kanzlerpalais in den letzten 8 Tagen vor der Rückkehr des Kaisers in die Hauptstadt andauernd spielte und daß soeben plötzlich die Einladungen des Kanzlers zur Soirée und die Rede des Fürsten im Reichstage erfolgten. Ueber den wahren Charakter des gegenseitigen Ideenaustausches zwischen dem Monarchen und dem großen Staatsmann wird man sich keinen Deutungen hingeben dürfen, denn er ist dadurch gekennzeichnet, daß der Kaiser am Montag Mittag dem Reichskanzler zuerst einen länger andauernden Besuch abstattete. Es sei dahin gestellt, wie weit der Einfluß des Fürsten Hohenzollern-Schillingfürst reicht, dessen in dieser Angelegenheit wohlthunend gedacht wird; aber unzweifelhaft hat die nichts weniger als erfreuliche Entwicklung der parlamentarischen Geschäfte dazu beigetragen, eine Auseinandersetzung zwischen dem Kanzler und dem Reichstage herbeizuführen. Daß hierbei zunächst an eine Annäherung gedacht worden, erklärt sich aus der Natur des gespannten Verhältnisses, welches zwischen der Präsidialregierung und einer Anzahl von Bundesmitgliedern eingetreten war. Hat man doch an jenen Pföfen, wo Fürst Bismarck den Sitz des Particularismus zu sehen gewohnt ist, nicht nur nicht Bedenken getragen, befriedigende Aeußerungen über die wiederholte Ablehnung von Reichstagsvorlagen fallen zu lassen, sondern sich auch damit einverstanden erklärt, daß gewisse Vorlagen überhaupt nicht an den Reichstag gelangt, oder von demselben in der Commission begraben worden sind. Es ist begreiflich, daß der Reichskanzler nach solchen Erfahrungen eine Verständigung mit den reichstrendlichen Elementen der Volkvertretung suchte und diese Neigung auch in Privatgesprächen mit parlamentarischen Freunden kundgab.“

Ueber die nächsten Ausgaben des preussischen Landtages schreibt man uns aus Berlin: „Am 20. Mai werden, gemäß der Bestimmung in dem Vertragsgesetz, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses wieder eröffnet, und zwar mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung. Zugleich ist ein nicht weniger als 13 Nummern zählendes Verzeichniß der noch unerledigten Regierungsvorlagen ausgegeben worden. Wir erwähnen daraus die vier auf die Verwaltungsbehörden und die Verwaltungsgerichtsbarkeit bezüglichen Vorlagen, das Communalfsteuergesetz, die

Denkschrift über die Revision der Gebäudesteuer-Veranlagung, den Dienstbotenentgeltentwurf, den Gesetzentwurf über gemeinschaftliche Holzungen und die Schlachtbauvorlage. Die Nachsession war bekanntlich lediglich zu dem Zweck veranlaßt, die Verwaltungsgefetze, die einen Aufschub nicht wohl ertragen hätten, zu erledigen. Von dem übrigen Gesetzgebungsstoff werden höchstens einzelne dringende und minder zeitraubende Gegenstände nebenbei ihre Erledigung finden können. Ueber die Verwaltungsgefetze hat die Commission ihre Beratungen bekanntlich abgeschlossen und es ist hinsichtlich der wichtigsten Differenzpunkte ein Resultat vereinbart worden, das einer Majorität im Abgeordnetenhaus sicher ist. Gleichwohl wird bei der hohen Bedeutsamkeit vieler Bestimmungen dieser Vorlagen die zweite Beratung geraume Zeit in Anspruch nehmen, und es ist augenblicklich noch nicht zu übersehen, bis wann der Landtag seine Arbeiten wird beendigen können. Zudem wird man noch immer für wahrscheinlich halten müssen, daß auch die vielbesprochene kirchenpolitische Vorlage dem Landtag noch zugeht, was natürlich die Session erheblich in die Länge ziehen würde. Die vielfach in der Presse ausgesprochene Ansicht, daß die liberale Partei des Abgeordnetenhauses die Vorlage wegen discretionärer Anwendung der Waigefese verwerfen werde, findet in den Aeußerungen der gemäßigten Parteiführer keinen Anhalt. Es wird im Gegentheil berichtet, daß die national liberale Partei keine Veranlassung habe, sich vor der eingehenden Prüfung des Gesetzentwurfes zu engagiren. Dies wäre um so weniger anzuthun, als berichtet wird, daß die Curie in dem Zeitraum bis zur Einbringung der Vorlage weitgehende Concessionen an die preussische Regierung machen werde. In diesem Falle müßte das Centrum in ein Dilemma gerathen, aus welchem es sich nicht mit bloßen rednerischen oder journalistischen Aufstößen befreien könnte. Weßhalb die national liberale Partei dann die aufgegebenen Position der Ultramontanen einnehmen und durch ihre Opposition das conservativ-liberale Bündniß gerade in der kirchenpolitischen Frage fördern sollte, das vermögen die betreffenden liberalen Abgeordneten nicht einzusehen. Die Conservativen werden ohne allen Zweifel der Parole von hohem Orte: „Frieden zwischen den christlichen Concessionen“ Folge leisten und der Abg. Windthorst wird der Ordre aus dem Vatican keinen Widerstand entgegenzusetzen dürfen, wenn er nicht das Centrum spalten will. So stehen heute die Dinge und die Nationalliberalen wünschen ihre Entwicklung abzuwarten, um zu dem einzubringenden Gesetzentwurf Stellung nehmen zu können. Gewiß scheint indessen schon zu sein, daß nicht Fürst Bismarck, sondern der Cultusminister v. Puttkamer die Vertretung der Vorlage in beiden Häusern des Landtages übernehmen wird.“

Wir verzeichnen wiederum einige Pressstimmen, welche sich über einen verständigen Ausgleich der nationalliberalen Partei mit dem Fürsten Bismarck im Sinne Bennigsen's verbreiten. Die „W. Z.“ schreibt: „So ist denn der Reichstag geschlossen worden, nachdem der in der Tagesordnung mit Stimmengleichheit demorene Antrag Bennigsen's in der Abend Sitzung, von den Abgeordneten Windthorst und Delbrück wieder angenommen, zur Annahme gelangt war. Dieser Antrag hatte den Zweck, dem Fürsten Bismarck weit entgegen zu kommen, und verliert diesen Charakter dadurch nicht, daß Herr Windthorst sich im letzten Augenblick daran machte, ihn unter seine Protection zu nehmen. Mächte in der Zwischenzeit bis zur nächsten Session das Verhältniß zwischen den nationalen Parteien und dem Reichskanzler fortgesetzt werden, das Bennigsen am Montag, welcher Tag der Auseinandersetzung zwischen allen Parteien über die wichtigsten politischen Fragen gewidmet war, in so verständiger, allen Nationalgesinnten sympathischer Weise eingeleitet hat!“

Auch die „Königliche Zeitung“ betont die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses zwischen Kanzler und Liberalismus: „Aber Anklage und Widerlage sind nicht die Hauptsache; die Hauptsache ist — die Erneuerung des Grundcompromisses von 1867 zwischen dem Kanzler und den gemäßigten Fractionen! Hierzu hat der Kanzler in seiner Rede, wenn wir dieselbe richtig verstanden haben, den letzteren offen die Hand entgegengehalten. Und die Sitzung hat den Beweis geliefert, daß auch der Reichstag selbst die Rede in diesem Sinne